

(Paul Fresdorf)

Was in diesem Antrag komplett fehlt, ist zum Beispiel für jeden Lehrer ein Arbeitsplatz in der Schule: dass er seine Arbeit in der Schule an einem vernünftigen Arbeitsplatz erledigen kann und nicht an einem vollgekrümelten Tisch im Lehrerzimmer, wo man kaum einen Laptop hinstellen kann, den der Lehrer in der Regel auch nicht zur Verfügung hat, es sei denn, er hat ihn privat gekauft. Das wären vernünftige Arbeitsbedingungen. Das wäre ein Gesundheitsmanagement in der Schule. Das gehört in jedes moderne Unternehmen – warum nicht auch an die Schulen? – Sie haben es angegriffen und gesagt, das macht keinen Sinn. Wir denken, es macht sehr wohl Sinn, weil es Arbeitsbedingungen verbessert und Schule zu einem Wohlfühlort machen kann.

[Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Das stimmt!]

Das ist das Entscheidende: dass Menschen gern in die Schule gehen. Wir müssen dafür sorgen, dass ihnen nicht der Putz auf den Kopf fällt beim Unterrichten

[Stefan Franz Kerker (AfD): Das ist noch kein Gesundheitsmanagement!]

und dass die Schulen mit einem Sanierungsturbo schnell saniert werden. Dann können wir die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir müssen aber realistisch sein und schauen, was momentan möglich ist.

Als Langzeitziele können wir einige Punkte aus Ihrem Antrag übernehmen. Diese stehen auch in unserem eigenen Wahlprogramm. Das sehe ich unkritisch. Sie werden aber kurzfristig so nicht umsetzbar sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

– Das Zitat war aus „Götz von Berlichingen“.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Jetzt hat die Kollegin Burkert-Eulitz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. – Bitte schön!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wiederhole es: Die AfD will also mit einem Zehn-Punkte-Plan die Arbeitsbedingungen an Schulen verbessern. – Schön, wenigstens einmal inhaltliche Forderungen der AfD zu unseren Schulen! Sonst fallen Sie beim Thema ja nur durch inhaltsloses Pöbeln auf.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Wo waren Sie die letzten anderthalb Jahre?]

Während der entscheidenden, ein halbes Jahr dauernden Haushaltsdebatte waren Sie nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Antrag zu stellen. Das ist aber der entscheidende Hebel, um als Parlament die Wirklichkeit in der Stadt zu beeinflussen. Wir sind hier nicht bei „Wünsch dir was!“, sondern in der Realität.

Der Fachkräftemangel in der Stadt hat sich nicht über Nacht in Luft aufgelöst. Was haben wir nun hier? – 110 Prozent Ausstattung mit Lehrerinnen und Lehrern und so weiter und so fort. Wenn man das alles zusammenrechnet, kommen jedenfalls wir insgesamt auf mindestens 7 000 zusätzliche Lehrkräfte oder mindestens 10 000 Quereinsteigerinnen und -einsteiger.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Stimmt euch mal ab!]

Das entspricht ungefähr einem Finanzvolumen von mehr als 560 Millionen Euro.

Wo waren dazu die Haushaltsanträge der AfD, als wir hier debattiert haben? – Ich habe sie nicht gelesen; vielleicht haben sie sich ja irgendwie in Luft aufgelöst. Um diesen Bedarf zu stemmen, könnten wir größere Klassen einrichten – da werden Sie keinen Applaus in der Stadt von Eltern und Lehrkräften erhalten. Das ist absoluter Quatsch. Wo nehmen Sie die Tausende zusätzliche Lehrkräfte her? – Vielleicht wäre es ein Vorschlag: Die AfD startet eine weltweite Anwerbekampagne, vielleicht in armen Ländern.

[Gunnar Lindemann (AfD): Lehrer mal vernünftig bezahlen! Dann kommen die auch nach Berlin!]

Da gibt es hohe Arbeitslosenquoten. Das wäre doch mal ein cooler Vorschlag!

[Frank-Christian Hansel (AfD): Gesteuerte Zuwanderung, das ist unser Thema!]

Ganz klar: Ihre Vorschläge sind unseriös und rangieren unter dem Punkt Populismus. Das können wir abhaken.

Die Koalition setzt die richtigen Schwerpunkte, um den Fachkräftemangel zu beheben und zugleich die Schulen zu entlasten. In den Haushaltsverhandlungen, die wir ernst genommen haben, haben wir viele Maßnahmen verankert um Quereinsteigerinnen und -einstiegern einen guten Einstieg in die Schule zu gewähren: stärkere Begleitung, verbindliche Vorkurse, Ausbau der Kapazitäten beim StEPS, Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Quereinsteigerinnen und -einstiegern zugunsten von Anleitung und Betreuung, Hospitation und Entlastung der Lehrkräfte an Brennpunktschulen. Und wir wollen nun auch die Erzieherinnen mit ins Boot holen.

Was bei der AfD noch immer nicht angekommen ist: In unseren Schulen arbeiten multiprofessionelle Teams, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter usw. Diese hat der Antrag gar nicht im Blick. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen, haben wir schon zu Beginn der Koalition Kapazitäten hochgefahren. Hinzu kommt ein Stipendienprogramm für den Quereinsteigermaster, dessen Eckpunkte nun bald verabschiedet werden und der bald starten soll.

Wir haben ausreichend Mittel bereitgestellt, so dass künftig alle allgemeinbildenden Schulen auf IT-Betreuer zurückgreifen können. So müssen sich künftig keine

(Marianne Burkert-Eulitz)

Lehrkräfte mehr um die IT-Infrastruktur von Schulen kümmern. Wir bauen die Verwaltungsleiter auf und stärken die Schulsekretariate mit zusätzlichen Stellen, um Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben und Bürokratie zu entlasten. Wir stellen den SIBUZen ausreichend Personal zur Verfügung, um die Inklusion auch tatsächlich umzusetzen und den Schulen zur Beratung zur Verfügung zu stehen.

Die Koalition hat beschlossen, dass ein rechtssicherer Weg für den Aufstieg der LuK-Lehrkräfte geschaffen wird. Wir gehen davon aus, dass wir bald die Lösung präsentiert bekommen.

Dem Schaufensterantrag der AfD fehlt der politische Realismus – schnell mal zusammengeschriebene **Maximalforderungen, die sich so finden lassen**. So geht das nicht; der Antrag ist abzulehnen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags federführend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und mitberatend an den Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales sowie an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich komme zu

lfd. Nr. 35:

Verfassungskonformität des Islamischen Jugendzentrums Berlin überprüfen

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0884](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion. Hier hat der Abgeordnete Herr Weiß das Wort. – Bitte schön!

Thorsten Weiß (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das seit 2012 bestehende Islamische Jugendzentrum Berlin organisiert die Jugendarbeit von vier Moschee-Vereinen, dem Islamischen Kultur- und Erziehungszentrum, dem Interkulturellen Zentrum für Dialog und Bildung, dem Teibakulturzentrum zur Förderung der Bildung und Verständigung und der Neuköllner Begegnungsstätte.

Doch gerade mit Dialog und Verständigung haben diese Vereine offenbar nur wenig zu tun. Vielmehr scheint es um Radikalisierung und religiösen Fanatismus zu gehen. Denn all diese Moscheen stehen laut der Verfassungsschutzberichte von 2014, 2015 und 2016 in Verbindung mit dem Verein „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“. Dieser Verein ist nichts Geringeres als die größte

Organisation der islamischen Muslimbrüderschaft in Deutschland – eine Organisation, deren Leitsprüche sind:

Der Islam ist die Lösung, Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Dschihad ist unser Weg. Der Tod für Gott ist unser nobelster Wunsch.

Ein Milieu, das den Jugendlichen beste Ausgangsbedingungen für eine gelungene Integration in unsere Kultur und unseren Rechtsstaat bietet? – Wohl kaum.

[Beifall bei der AfD]

Stattdessen legt man hier die Grundlage für künftige radikale Islamisten und Salafisten.

Reaktion des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Michael Müller – klare Kante gegen Islamismus und radikalisierende Einflüsse auf muslimische Jugendliche in Zeiten internationalen islamischen Terrors, der auch Deutschland und Berlin seit Jahren heimsucht? – Fehlanzeige! Im Gegenteil: Der Regierende Bürgermeister verlieh dem Imam der Neuköllner Begegnungsstätte den Verdienstorden des Landes Berlin.

Wenn er jetzt hier wäre, würde ich ihn gerne fragen, wie er denn selbst eigentlich diese Verleihung bezeichnen würde: als ungeschickten Fauxpas oder vielleicht als schlecht gemeinten Scherz? – Wir jedenfalls fordern den Berliner Bürgermeister auf, solche Peinlichkeiten in Zukunft zu unterlassen und der schleichenden Islamisierung Berlins endlich entschieden entgegenzutreten!

[Beifall bei der AfD]

Der für die Jugendarbeit des Islamischen Jugendzentrums zuständige Imam heißt Ferid Heider. Dieser beteiligte sich 2012 an der Erarbeitung einer Handreichung namens „Islam und Schule“, die dafür bestimmt war vom Senat, an Berliner Lehrer ausgegeben zu werden, um diese für den Umgang mit muslimischen Schülern fortzubilden – denn natürlich sind die Sonderbedürfnisse und Konfliktgründe bei muslimischen Schülern umfangreicher als bei jeder anderen Bevölkerungsgruppe. Oder haben Sie schon einmal von einer Handreichung gehört, die Lehrer beim Umgang mit Christen, Atheisten oder Buddhisten unterstützen soll? Heider äußerte sich im Interview für diese Handreichung derart fundamentalistisch, dass sich Seyran Ateş, die als prominente Vertreterin eines liberalen Islam ebenfalls am Projekt beteiligt war, aus dem Arbeitskreis zurückzog.

[Beifall bei der AfD]

Scheinbar stand Ateş mit ihrer Meinung nicht alleine da, denn letztlich wurden Heiders Äußerungen gänzlich aus der Handreichung gestrichen. Die zwingende Folgerung des Senats wäre gewesen, dass der, der für die Fortbildung von Lehrern zu radikal ist, auch für den Unterricht von Kindern in einem Jugendzentrum ungeeignet ist. Es ist schändlich, dass der Senat bis heute untätig geblieben ist.